



Medienmitteilung

Novembersession

BDP Kanton Bern setzt wegweisende Zeichen für die Energiewende

Die BDP-Fraktion hat der Beratung im Grosse Rat gestern den „Energiewendestempel“ aufgedrückt. Sie lehnt alle Rückweisungsanträge ab und gibt damit die Richtung für die Reduktion des CO₂-Ausstosses an. Die BDP setzt sich für den Ausbau der Elektromobilität, für eine Erweiterung der steuerlichen Anreize bei Gebäudesanierungen und eine längerfristige Sicherstellung der einheimischen Stromproduktion ein.

Der bernische Grosse Rat hat gestern den Bericht zur Umsetzung der Energiestrategie beraten. Mit zahlreichen Anträgen hat die BDP-Fraktion diese Debatte geprägt. So folgte der Grosse Rat allen Anträgen der BDP welche den Ausbau und die Förderung der Elektromobilität im Kanton Bern zum Ziel haben. Mit 95:26 überwies der Grosse Rat unter anderem die Forderung der BDP, den Bau von privaten und öffentlichen Ladestationen für die Elektromobilität zu fördern.

Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer profitieren von weiteren Anträgen der BDP. Energetische Sanierungen an Gebäuden können im Realisierungsjahr von der Steuer abgezogen werden. Grössere Sanierungen führen jedoch vielfach dazu, dass die abzugsberechtigten Investitionen das Einkommen übersteigen. Die BDP hat erfolgreich gefordert, diese Abzüge über mehrere Steuerperioden zu verteilen. Der Regierungsrat ist nun in der Pflicht, dieses Anliegen umzusetzen.

Klar angenommen wurde auch die Forderung der BDP, die mutmassliche Stromlücke nach der Abschaltung des KKW Mühleberg ab 2019 durch einheimische, erneuerbare Energie zu kompensieren. Hier folgte der Grosse Rat sogar einstimmig, mit 136:0, der Forderung der BDP, die Auswirkungen des Strompreiserfalls und der Marktöffnung auf die einheimische Stromproduktion in den Berggebieten zu minimieren.

Auskunft:

Anita Luginbühl, Fraktionspräsidentin BDP, 078 756 02 52

Samuel Leuenberger, Grossrat, 078 609 16 76

19.11.2015